

politik ein Schulterschuß mit Genschers FDP gelingt?

BRANDT: Was Genscher und Schmidt in diesen Tagen zur Entspannungspolitik gesagt haben, stimmt nahtlos zusammen.

SPIEGEL: Auf dem Dreikönigstreffen der baden-württembergischen FDP hat sich Genscher damit gebrüstet, er habe mit seiner Warnung vor Wehners These, die sowjetische Rüstung sei defensiv, recht behalten.

BRANDT: Das war eine Parteiveranstaltung, und das war in einem Land, wo Herrn Genscher daran lag, sich auch an Erhard Eppler zu reiben, was ich ihm nicht verwehren kann, was aber natürlich ...

SPIEGEL: ... auch an Herbert Wehner.

BRANDT: Das weiß ich nicht. Bei aller Polemik wird natürlich auch Herr Genscher wissen, daß er eine Koalition nicht nur mit einem Teil der SPD hat, sondern er hat sie mit einer SPD, zu deren Führung Erhard Eppler gehört.

SPIEGEL: Sie weichen aus. Denn Egon Bahr und Sie haben doch die These von Wehner geteilt. Also ...

BRANDT: ... Wenn Sie mit Herbert Wehner etwas zu erörtern haben, dann müssen Sie mit ihm darüber sprechen.

SPIEGEL: Die SPD hat sich auf ihrem Berliner Parteitag mit Mühe und Not und, wenn Sie ehrlich sind, gegen Ihre innerste Überzeugung einen Aufrüstungsbeschluß abgerungen und „Sicherheit für die 80er Jahre“ versprochen. Kann dieses Motto nicht zum Rohrkrepierer werden, wenn die CDU sagt, was die SPD leichtfertig versprochen hat, das können nur wir garantieren?

BRANDT: Das verstehe ich schon als Frage, aber ich komme zu einem Ergebnis, das auf Nein hinausläuft, und zwar aus zwei Gründen.

Wenn die CDU „Sicherheit“ sagt, dann schwingt bei mir immer noch mit, was mal buchstäblich „keine Experimente“ genannt worden ist. Wenn die SPD „Sicherheit für die 80er Jahre“ sagt, dann sagt sie damit, wir wissen heute noch besser als Anfang Dezember auf dem Parteitag in Berlin, wie gefährdet die Welt ist, in der wir leben. Und wir wollen alles Mögliche tun, um eure Interessen gut wahrzunehmen, aber das geht nicht durch eine Politik der Beharrung.

SPIEGEL: Müssen Sie nicht froh sein, daß Sie Ihren Berliner Parteitag gerade noch hinter sich gebracht haben, bevor sich die Weltlage so dramatisch verändert hat?

BRANDT: Man muß die Feste feiern, wie sie fallen.

SPIEGEL: Herr Brandt, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

DDR

Eifrige Trommler

Anders als Polen und Ungarn leistete die DDR den Sowjets nach dem Einmarsch in Afghanistan von Anfang an publizistische Hilfe.

Gaby und Rainer Althaus, Reporterpaar aus Ost-Berlin, berichtigten die Lügen ihrer Kollegen aus dem kapitalistischen Ausland. Keineswegs seien in Kabul, wie von West-Journalisten behauptet, allenthalben sowjetische Einheiten aufmarschiert. Die angeblich von schwerbewaffneten Rotarmisten blockierte Straße vor dem Haus

des Volkes, so kableten die beiden DDR-Journalisten nach Hause, „passieren wir frei“, gemeinsam mit Händlern, die „wie eh und je“ ihre Lastesel vor sich trieben — Stimmungsbild aus der afghanischen Hauptstadt, nachzulesen im „Neuen Deutschland“ vom vierten Januar.

Auch Fernsehkorrespondent Günter Nerlich sah nichts, was der Aufregung wert gewesen wäre. Den Zuschauern daheim zeigte er keinen einzigen Panzer oder Sowjetsoldaten.

„Das Leben hat sich normalisiert“, berichtete der Mitarbeiter der DDR-Nachrichtensendung „Aktuelle Kamera“ bereits am 31. Dezember aus Kabul, vier Tage nach der sowjetischen Intervention.

... nicht nur großen ... werden, liefert Gera Entastungs- ... kelmäßig bleibt.

DDR fest an der Seite Afghanistans

Bürger aus allen Klassen und Schichten unseres Volkes bekunden ihre Solidarität mit den revolutionären Kräften

Berlin (ADN/ND). Bürger aller Klassen und Schichten der DDR ... die gefährliche Entwicklung der Konterrevolution gebremst. Der ... schen Solidarität und unserer Haltung als proletarische Internatio-

Fortschrittskräfte fest an der Seite des afghanischen Volkes

WGB weist Hetze gegen UdSSR-Hilfe entschieden zurück

Prag (ADN-Korr.). Der Weltgewerkschaftsbund unterstützt alle Maßnahmen der neuen afghanischen Regierung, die die territoriale Integrität und Souveränität des Landes verteidigen und Ver-

Athen (ADN). Als „Kreuzzug gegen die UdSSR und die für ihre Unabhängigkeit kämpfenden Länder“ hat der Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei Griechenlands Harilaos

Maßnahmen der USA gefährden Beziehungen zwischen Ost und West

Carter greift auf das Arsenal des kalten Krieges zurück

Washington (ADN-Korr.). USA-Präsident Carter hat in der Nacht ... nischer Technologie an die Sowjetunion, die Einstellung der

Babrak Karmal legte Grundprinzipien einer vereinigten Nationalen Front dar

Das Volk Afghanistans tritt in eine neue Etappe der Aprilrevolution ein

Souveränität, Unabhängigkeit, territoriale Integrität und wahre Demokratie sichern

Kabul (ADN). Der Generalsekretär des ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, Vorsitzender des Revolutionä-

von Partei und Staat sowie der Streitkräfte — verschonte nicht den Gründer unserer Partei, den ersten Generalsekretär des ZK der Demokratischen Volkspartei

1. Freilassung aller politischen Gefangenen, die auf Weisung des Verbrechens Amin ins Gefängnis geworfen wurden, bei entsprechendem politischen Bedingungen

Auf außenpolitischem Gebiet wird die DPA den Kurs einer prinzipiellen Friedenspolitik befolgen, die auf den Prinzipien der positiven und aktiven Neutra-

Einmischung in die Angelegenheiten ablehnt. DPA, genau ihren das Recht auf Will des paschunischen hütischen Bruders, über ihr künftiges i ber entscheiden solle

Die festen Bindungen gemeinsame Schicksalhaftigkeiten und Beziehungen zwischen t. Afghanistan und der dem Volk Indiens Wurzeln in der Gea aus ergibt sich, daß Ausbau und die Festziehungen zwischen und Indien einer d. Faktoren des Friede steht in der

Schlagzeilen im „Neuen Deutschland“: Nichts, was der Aufregung ...



... wert gewesen wäre: DDR-Fernsehreporter Nerlich aus Kabul

Und zufrieden meldete Nerlich wenig später nach Hause, die französische Nachrichtenagentur AFP habe „sich zu dem Eingeständnis gezwungen“ gesehen, die sowjetischen Truppen seien „bislang nicht an größeren militärischen Auseinandersetzungen beteiligt gewesen“.

Seit dem Einmarsch der Sowjets mühen sich die Propaganda-Experten der ostdeutschen Einheitssozialisten nach Kräften, die Rolle Moskaus herunterzuspielen. Anders als die Bündnispartner Rumänien, Ungarn und Polen, die erst nach einigem Zögern Stellung bezogen, leisteten die SED-Genossen von Anfang an publizistische Hilfe.

Schon am zweiten Tag seiner Berichterstattung ließ das „ND“ nach bewährtem Muster Leser zu Wort kommen, damit „sie ihre Solidarität mit dem Kampf der demokratischen und progressiven Kräfte Afghanistans bekräftigen“. Professor Ulrich Hofmann, Vize-Präsident der Akademie der Wissenschaften, verkündete, er billige die Hilfe der UdSSR „voll und ganz“. Und das Fernsehen schickte ein Kamera-Team hinaus, um von den DDR-Bürgern Beifall für den Einmarsch der Sowjets zu heischen.

Minuziös dokumentierten Parteipresse und Rundfunk die Zustimmung moskautreuer Kommunisten aus aller Welt zu den Aktivitäten des Kreml. Daß die italienische KP die Invasion verurteilte, daß es vor allem in der Dritten Welt, den blockfreien Ländern und den islamischen Staaten heftige Kritik gab, erfuhr die Ostdeutschen allenfalls aus dem Westfernsehen.

Ähnlich nebulös berichteten die gleichgeschalteten ostdeutschen Medien über die Afghanistan-Sitzung des Uno-Sicherheitsrats letzte Woche, in dem der SED-Staat mit seinem Vertreter Peter Florin zum erstenmal Sitz und Stimme hat.

Die Sitzung sei, so das „Neue Deutschland“ am 5. Januar, „auf Betreiben der USA von einer Gruppe von Staaten, darunter 13 Nato-Ländern“, beantragt worden, eine „imperialistische Einmischung“ in die souveränen Rechte Afghanistans. Die Tatsache, daß eine Vielzahl von Staaten — auch aus der Dritten Welt — das Gremium angerufen hatte, um Moskau zu verurteilen, verschwiegen die Medien der Ostrepublik wohlweislich.

Gleichwohl nutzte das Ostfernsehen die Gelegenheit, um Florins ersten Auftritt im Sicherheitsrat prestigebehaftet in Szene zu setzen. Als die DDR gemeinsam mit den Sowjets Einspruch gegen die Sitzung erhob, rückte nicht der sowjetische Delegierte Oleg Trojanski ins Bild, sondern nur der DDR-Diplomat.

In ihrem Drang, die positive Rolle der Sowjets in Afghanistan herauszustreichen, stellten sich die eifrigen



Riad-Besucher Lambsdorff, Saudi-Minister Cheil (M.): Schelte für die Sowjets

SED-Trommler selbst ein Bein. So bemühte sich Rundfunk-Kommentator Günter Leuschner am 29. Dezember in der Sendung „Auskunft international“, seinen Zuhörern das juristische Fundament für die Sowjet-Intervention zu erläutern.

Artikel 51 der Uno-Charta, erklärte Leuschner auf die Anfrage des Hörers Siegfried Palme aus Berlin-Lichtenberg, beinhalte auch das Recht jedes Landes, „zur Abwehr einer äußeren Gefahr auch auf die Hilfe anderer Staaten zurückgreifen zu können“. Zudem rechtfertige der sowjetisch-afghanische Freundschaftsvertrag die „sowjetische Hilfe“ für Afghanistan.

Die außenpolitische Fach-Zeitschrift „Horizont“ dagegen hatte kurz vor dem Einmarsch noch anders argumentiert. „Horizont“: Da Eingriffe in die inneren Belange unabhängiger Staaten eine „häufig praktizierte Methode imperialistischer Politik“ seien, gehöre ein Interventions-Verbot zu den unabdingbaren Grundprinzipien des Völkerrechts.

LAMBSDORFF-REISE

Vage Idee

Beim Besuch in Saudi-Arabien und Kuwait versuchte Wirtschaftsminister Lambsdorff vergeblich, die Enttäuschung seiner Gastgeber über die Haltung des Westens in der Afghanistan-Krise zu dämpfen.

Die Beduinen drängten bereits zum Aufbruch. Doch Otto Graf Lambsdorff setzte sich über orientalische Tischsitten hinweg und ließ das Begrüßungsmahl nicht mit Mokka, sondern mit markigen Worten ausklingen.

Zu wichtig erschien dem Bonner Emissär, was er seinem Gastgeber, dem saudi-arabischen Wirtschaftsminister Mohammed Ali Abd el-Cheil, im Intercontinental-Hotel in Riad am vergangenen Sonntag mit auf den Weg geben wollte.

„In Afghanistan“, dozierte der Graf, „sind die sowjetischen Truppen gegen alle Regeln der Nichteinmischung und des friedlichen Zusammenlebens der Völker einmarschiert und unterdrücken den Willen der Bevölkerung, unabhängig und in ihren staatlichen und religiösen Traditionen zu leben.“

Das war, wie Lambsdorff wußte, ganz die Meinung seiner Gastgeber. Denn wenige Stunden zuvor hatte er aus einem Gespräch mit dem starken Mann in Riad, Kronprinz Fahd Ibn Abd el-Asis, die Gewißheit mitgebracht, daß die Saudis, wenig erstaunlich, durch den Einfall der Sowjets in den bisherigen Pufferstaat Afghanistan ebenso beunruhigt sind wie das Bonner Kabinett.

Viel mehr als die feierliche Verurteilung der Moskauer Aggression freilich konnte der Graf seinen adligen Gesprächspartnern nicht bieten, die sich von den USA wie von den westlichen Industrieländern enttäuscht zeigten. Zu milde, klagte etwa Prinz Fahd, hätten seine Ölkunden auf die Invasion in Afghanistan reagiert: „Wir können nur protestieren. Die großen Länder aber, USA, Europa, Australien und Kanada, könnten mehr wirtschaftliche Sanktionen verhängen.“

Lambsdorff muß solche Worte ernst nehmen. Schließlich ist Saudi-Arabien, seit iranisches Öl knapper geworden ist, wieder wichtigster Lieferant der Bundesrepublik. Rund 16,4 Millionen Tonnen kamen allein zwischen Januar und November 1979 aus saudischen Bohr-